

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

10 (13.1.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt und Zähl, bei der bei Nichterhaltung des Zahlungsmittels, bei gerichtslicher Betreibung und bei Anzeigen nach Kraft des Erlässes o. und Berücksichtigung in Karlsruhe i. B. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Andere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandern / Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk / Die Kuckstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 1,70 Mark, vierteljährlich 4,10 Mark, halbjährlich 7,70 Mark, jährlich 14,00 Mark o. Durch die Post 2,30 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Erscheint 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2850 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Woblfstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Postfach 3111 Karlsruhe, Hauptstr. 9, B.-Baden, Jagdhausstr. 12, Kallat, Rheinstr. 2, Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 10

Karlsruhe, Mittwoch, den 13. Januar 1932

52. Jahrgang

Volkswahl Hindenburgs?

Wahlfront für Hindenburg auf breitester Grundlage? - Will und wird die Reichsregierung die Voraussetzungen dazu schaffen? - Verschiedener Ton im Harzburger Lager

Wird Brüning eine Entscheidung suchen?

Amlich wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident empfing am Dienstag nachmittags den Herrn Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag. Der Reichskanzler berichtete dem Herrn Reichspräsidenten über seine Fühlungsnahme wegen der Möglichkeit einer parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Herrn Reichspräsidenten durch den Reichstag. Auf Grund dieses Vortrages hat der Herr Reichspräsident dem Reichskanzler, von einer weiteren Verfolgung des Weges einer parlamentarischen Lösung der Frage Abstand zu nehmen.

Aus Berlin wird uns ferner berichtet:

In den nächsten Tagen dürfte sich in Berlin ein Ausschuss bilden, der den Reichspräsidenten ersuchen wird, seine Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl durch das Volk ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Der Ausschuss soll auf möglichst breiter Basis gebildet werden und durch seine Zusammenkunft die Gewähr bieten, daß die Wahl Hindenburgs am 13. März mit überreicher Mehrheit erfolgt. Unter diesen Umständen dürfte sich Reichspräsident von Hindenburg einem an ihn ergehenden Antrag, wieder zu kandidieren, kaum verweigern.

Die Zentrums- und die Presse der Mittelparteien setzt sich anlässlich der Abreise der Harzburger an Hindenburg und Brüning warm für die Wiederwahl durch das Volk ein.

Sie sagen Verfassung, aber sie meinen Schiebung. Die Herren Prätenanten für den Posten eines deutschen Diktators haben den einfachen und klaren Plan der Reichsregierung, durch die Wiederwahl Hindenburgs im Parlament, dem Volke das Plebiszit zu erparieren, zunächst in die Dunkelkammer interner Parteiberatungen geschoben, um schließlich mit politischen Giftmischern künftigen ihn endgültig zu sabotieren. Nach gelungener Sabotage suchen sie sich hinter verfassungsmäßige Bedenken zu verbergen.

Der eine dieser Prätenanten, Herr Hitler, hat am 7. Januar stolz erklärt, er werde am 9. Januar dem Reichskanzler „seine Entscheidung“ mitteilen. Der andere der Prätenanten aber hat dem jüngeren gezeigt, wie man eine politische Intrige führt, wie man die Karten mischen muß, um ein Ergebnis zu erreichen, das man in der Öffentlichkeit weit von sich weisen würde. So ist „seine Entscheidung“ ganz unter der Hand zu einem zweiten Harzburg geworden, bei dem er, wie in Harzburg in das Schlepptau der reaktionären Kräfte um Hugenberg geraten ist.

Indessen ist die Intrige nicht so fein gesponnen worden, daß sie nicht durchschaubar wäre, und die nationalsozialistischen Partner haben noch im Zug der Verhandlungen die Karten aufgedeckt, als sie erzählten, daß in diesen wenigen Tagen die Distanz zwischen Brüning und Hindenburg sich vergrößert habe. Sie wollten im Trüben fischen, um nicht nur Brüning zu unterminieren, sondern um von der Kandidatur Hindenburgs überhaupt herunterzukommen.

Die Absicht war so plump, so lange zu schieben, so lange für Unklarheit und Verwirrung zu sorgen, bis der ganz anders gearteten Persönlichkeit des Reichspräsidenten der Widerwille hochsteigen würde.

Das ist es, was die Giftmischer der Harzburger Front als ihre Methode dem angeblich verfassungswidrigen Plan der Reichsregierung unterstellen wollen. Es ist nicht Politik unter sachlichen Gesichtspunkten, sondern Schiebung. Es hat weder mit Demokratie, noch mit Volkswillen, noch mit recht nicht irgend etwas mit der Verfassung zu tun. Es ist die Spekulation der Leute, für die die Politik vom Kaiserreich her immer ein Hintertreppengeschäft gewesen ist. Das ist die typische Methode, mit der am Kaiserreich Politik getrieben wurde. Dann reden die Intriganten von verfassungsmäßigen Bedenken.

Der Plan der Reichsregierung — man mag sich sachlich dazu stellen, wie man will — war gut demokratisch durchgedacht und dazu mit nationaler Zielsetzung im besten Sinne des Wortes. Die Sabotage dieses Planes durch die Harzburger ist ein Ausfluß der antidemokratischen und volksfeindlichen Politik von heute, die man früher „national“ nannte, und die dazu geführt hat, daß sich die Arbeiterklasse mit Verachtung von dieser „nationalen“ Politik abgewandt hat.

Da sind sie wieder, die reaktionären Pläne, einer Reichsregierung in den Rücken zu fallen, die sich zu schwierigen außenpolitischen Verhandlungen anstellt. Das Antwortschreiben Hugenburgs ist die direkte Fortsetzung der niedrigen Demagogie aus der Zeit des Youngplanvolksbegehrens, als die Demagogen die Reichsregierung und den Reichspräsidenten mit dem Zuchtstock des Paragraphen beschimpften. Es ist mit seiner wüsten innenpolitischen Polemik, seinen falschen Beschuldigungen und Behauptungen ein außerordent-

lich feindseliger Akt für die Verhandlungspolition der Reichsregierung nach außen hin. Es enthält die Absicht, nicht nur das Projekt der Parlamentswahl des Reichspräsidenten zu sabotieren, sondern vor allem die kommenden außenpolitischen Verhandlungen und zwar aus Gründen der innerpolitischen Machtgier zu reaktionären Zwecken.

Es braucht kein Wort verloren zu werden über das Wesen der Partei des Herrn Hugenberg, in der sich der giftigste Haß gegen alles was demokratisch und sozial ist, in höchster Konzentration angehäuft hat. Da diese Partei, die eine Partei dritten Ranges ist, in astronomischer Entfernung von der Macht ist, sucht sie durch Intrigen auf Kosten der Interessen der Nation, sich in die Macht zu schleichen. Die Partei des Herrn Hitler aber, diese Aufschwümlung von Spießbürgern um einen faschistischen Herrn herum, der das „Nationale“ im Munde führt, leistet der Reaktion prompt Bundeshilfe. Das leuchtet durch alle Manöver und alle Ausreden hindurch. Die Illusion einer nationalen Front für Lausanne, die die Reichsregierung gehabt hat, ist zerfallen. Aber die nationale Maske der Hitler und Hugenberg dazu. Wer glaubt noch an die „verfassungsmäßigen Bedenken“ Hugenburgs?

Aus der schroffen Ablehnung des Vorhabens der Reichsregierung, vor allen Dingen durch Hugenberg und seine Hintermänner, wird die Reichsregierung wohl oder übel energisch klare Schlüsse ziehen müssen, will sie sich nicht zwischen zwei Stühlen setzen. Die Reichsregierung weiß nun, worauf wir gestern schon hingewiesen haben, daß die Harzburger Front unter allen Umständen und um jeden Preis den Sturz des Kabinetts Brüning herbeiführen will, auch wenn dabei gleichzeitig auf außenpolitischem Gebiete dem deutschen Reich und dem deutschen Volke der allerhöchste Schaden zugefügt werden würde. Den Harzburgern ist es völlig gleichgültig, welchen politischen, wirtschaftlichen und auch moralischen Schaden das deutsche Volk und das deutsche Reich erleiden, es kommt ihnen alles darauf an, im Innern das Durcheinander und die Unsicherheit derart zu steigern, daß sie glauben, inmitten eines solchen Durcheinanders an die Macht zu kommen. Wie die Harzburger noch zu jeder Stunde bisher das deutsche Volk be-

logen und betrogen haben, sind sie willens, das erst recht in der Zukunft zu tun und, um ihre Machtgier befriedigen zu können, in innerpolitischer Beziehung die Massen des deutschen Volkes auch zu verfluchen.

Die Reichsregierung wird nunmehr ganz offen sagen müssen, aus welchen Gründen sie die Verhandlungen mit der Harzburger Front geführt hat, welches ihr tatsächliche und welches ihr politische Ziel dabei war. Wir könnten uns vorstellen, daß das tatsächliche und politische Ziel der Reichsregierung zunächst bei dem Versuch der parlamentarischen Lösung der Reichspräsidentenwahl als solches sich erweist, daß die Mehrheit des deutschen Volkes dafür zu gewinnen ist. Aber darüber muß sich die Reichsregierung klar sein, daß es ohne systematischen und politisch scharf zielbewußten Kampf gegen den Faschismus in Deutschland nicht geht und daß das Kabinett Brüning ein recht unruhliches Ende finden müßte, wenn es dem Kampf gegen den Faschismus ausweichen, auch weiter mit dem Faschismus verhandeln wollte.

Wie wir eingangs berichtet, wir sind sofort in Berlin ein auf breiter Grundlage stehendes Komitee bilden, das die Wiederwahl des Herrn von Hindenburg durch das Volk bestrebt. Wir halten ein solches Vorhaben für richtig, so fern es auf eine große politische Aktion auf breiter Front gegen die Harzburger von vornherein eingestellt ist und durchgeführt wird. Dann kann die Reichspräsidentenwahl in der Tat zu einer außerordentlich bedeutungsvollen innerpolitischen Entscheidung werden. Aus dieser Auffassung heraus erklärten wir auch gestern, wir begrüßen die Klarheit, die durch die Ablehnung der Harzburger geschaffen ist, so fern die durch die Ablehnung geschaffene Lage in eine große innerpolitische Aktion ausgeht. Und darauf kommt es an.

Während Hugenburgs Absagebrief brüst und unhöflich gehalten ist, schreibt Hitler in verbindlichster Form an den Reichskanzler. Der Unterschied im Ton ist im hohen Maße auffallend. Es scheint also richtig zu sein, daß Hitler sich bei den Verhandlungen viel weicher erweisen hat, als Hugenberg, und aus beiden Schreibern ist auch zu entnehmen, daß im Harzburger Lager die Harmonie nicht ungetrübt ist. Darum auch die tagelange Unentschlossenheit der Harzburger.

Französisches Kabinett zurückgetreten

Die Gesamtdemission des Kabinetts Laval

Canals neue Bemühungen

Paris, 12. Jan. Der Präsident der Republik, Doumer, hat heute abend 10 Uhr französischer Zeit Ministerpräsident Laval und sämtliche Mitglieder des Kabinetts empfangen, die ihm ihre Demission überreichten.

Der Präsident der Republik, Doumer, hat diese Demission angenommen, den Mitgliedern des Kabinetts für ihre bisherige Tätigkeit gedankt und sie gebeten, die Erledigung der laufenden Angelegenheiten zu übernehmen.

Der Präsident der Republik wird morgen vormittag seine Besprechungen zur Behebung der Ministerkrise beginnen. Es ist also nicht nur bei einer Demission Briands und einer Kantanz für den verstorbenen Maginot geblieben, sondern das ganze französische Kabinett ist zurückgetreten. Laval wollte vor der Demission am Vorabend wichtiger internationaler Konferenzen noch den Versuch machen, sämtliche politischen Parteien zu der Führung der öffentlichen Geschäfte herauszuheben. Vorläufig ist ihm allerdings dabei das Gelingen verfehlt. Seine Bemühungen, Herriot für ein Konzentrationkabinett zu bekommen, sind an dem heutigen Beschluß der Radikalsocialisten gescheitert. Herriot erklärte, die radikale Fraktion habe sich an die Beschlüsse ihrer früheren Parteitage halten müssen; er, Herriot, selbst könne sagen, daß Laval in den nationalen Fragen, die ihn gegenwärtig beschäftigen, auf seine Unterstützung als Abgeordneter zählen könne.

Nun sehen die Bemühungen des Präsidenten Doumer ein.

Kammereröffnung in Paris

Würdigung Briands und kommunistische Demonstrationen

Paris, 12. Jan. (Eig. Draht.) Die ordentliche Parlamentsession des laufenden Jahres, die heute vor den Wahlen, wurde am Dienstag nachmittags in der Kammer und im Senat er-

öffnet. Die Kammer war in weitem Umfang von starken Polizeikräften abgsperrt, weil die Kommunisten Arbeitslosendemonstrationen angekündigt hatten. In kleinen Gruppen suchten sich die Kommunisten der Kammer zu nähern. Da den Aufforderungen der Polizeibeamten, sich nicht zusammenzutrotten, nicht Folge geleistet wurde, wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Bis 6 Uhr abends betrug die Zahl der Verhafteten über 3000.

In der Kammer wurde die Sitzung von dem 84 Jahre alten Abgeordneten Thomson (Radikale Linke) eröffnet, der zunächst einen kurzen Nachruf auf Maginot verlas, dem sich der Ministerpräsident im Namen der Regierung anschloß. Die Sitzung wurde dann zum Zeichen der Trauer für kurze Zeit unterbrochen. Nach Wiedereröffnung der Sitzung hielt Thomson die Eröffnungsrede, in der er u. a. ausführte:

„Der große Friedensstreiter Briand, in dessen Bemühungen mehrere fremde Nationen die höchste Garantie für die allgemeine Veruhigung der Welt erblickten, hat, da er noch nicht völlig wieder hergestellt ist, die Ansicht ausgesprochen, daß es für ihn schwer sein werde, sich nach Lausanne und Genf zu begeben, und er hat daher sein Portefeuille dem Ministerpräsidenten zur Verfügung gestellt. Mit lebhafter Beunruhigung werden wir die Unterbrechung eines Kurfes leben, mit dessen Erfolg so viele Hoffnungen verbunden sind. Unsere Außenpolitik verfolgt ihren Marsch auf dem Wege, den sie sich in Locarno vorgesehnt hat und der seitdem durch die Parlamentsbeschlüsse in vollem Einklang mit der Volksmeinung gebilligt worden ist. Markieren wir weiter auf diesem Wege, den Blick immer auf das Vaterland, auf die Republik und auf die Politik des Friedens und der internationalen Solidarität gerichtet.“

Im Anschluß daran wurde zur Neuwahl des Kammerpräsidenten, Buisson, der einen offiziellen Gegenkandidaten hatte, wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt.

Vorschläge für eine Volkswahl Hindenburgs

Zwei Wege

Eine bürgerliche Korrespondenz meldet: Nachdem die Bemühungen des Reichsanstalters um die Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten zum Abschluß gekommen sind, beschäftigt man sich in politischen Kreisen stark mit der Frage der weiteren Entwicklung. Niemand besteht eigentlich ein Zweifel darüber, daß jetzt der Weg zu der Volkswahl auf breiter Basis frei ist. Es ist als das Verdienst des Reichsanstalters anzusehen, daß er durch seine Bemühungen die Klärung der ganzen Frage vorbereitet hat.

Für die Einleitung der Volkswahl gibt es nach Ansicht politischer Kreise zwei Möglichkeiten:

1. eine Initiative der Parteiführer. In dieser Richtung sind auch bereits Bemühungen im Gange, und zwar hat sich unseres Wissens Graf Westarp mit den Führern der anderen Gruppen der gemäßigten Rechten und der Mitte in Verbindung gesetzt, um entsprechende Schritte einzuleiten. Dabei ist es selbstverständlich, daß die ganze Frage jetzt mit dem größten Eifer behandelt werden muß, um in geeigneter Form vorwärts gebracht zu werden. Als eine der ersten Voraussetzungen für das Gelingen betrachtet man es deshalb auch, daß die Bemühungen von vornherein auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden, d. h., daß der Vorschlag, soweit wie möglich von rechts bis links reicht.

Ein zweiter Gedanke, den man erörtert, geht in der Richtung, daß die Wiederwahl Hindenburgs durch ein Gremium führender Persönlichkeiten des deutschen Volkes behandelt wird, die nicht in erster Linie und ausschließlich Politiker sind. Es kämen also die Spitzen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der verschiedenen Berufsstände usw. in Frage, um den Charakter der Volkswahl und des Eintretens ohne Unterschied der Parteien und der Stände besonders deutlich zu dokumentieren. In unterrichteten Kreisen rechnet man darauf, daß der Reichspräsident sich einem solchen Ruf nicht entziehen würde. Es ist aber nicht anzunehmen, daß die Entwicklung sich überstürzt vollzieht.

Keine Einberufung des Reichstages

Der Vizepräsident des Reichstages lehnte am Dienstag alle Anträge auf Einberufung des Reichsparlamentes ab. Die Ablehnung erfolgte gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutschen und der Kommunisten.

Staatssekretär Brüder präsidierte vor der Abstimmung die Stellungnahme der Reichsregierung dahin, daß der Zulassungsbericht des Reichstages nicht vor dem vom Parlament selbst in Aussicht genommenen 23. Februar erfolgen könne. Eine vorzeitige Einberufung sei unerwünscht. Die Gründe dafür ergeben sich insbesondere auch aus dem Reparationsinterdium des Reichsanstalters. Die Reichsregierung werde sich wieder an den Reichsanstaltspräsidenten wenden, sobald sich in der Zwischenzeit aus besonderen Umständen die Notwendigkeit erhebt, den Reichstag vorzeitig einzuberufen.

Vorbehalte in Amerika

New York, 11. Jan. Unter der Überschrift „Ein Sieb auf den Knoten“ betont Herald Tribune, die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit, weiter politische Schulden zu zahlen, seien durch zu viele Anzeichen angefüllt gewesen, um als völlige Ueberzeugung zu kommen. Wende man sich von der französischen Pole verletzten Gutgläubigkeit zu der Aufnahme, die die Erklärungen Brüning's bei den Baseler Finanzfachverständigen gefunden hätten, so sei offenbar, daß die nunmehr eingetretene Entwicklung nicht außerhalb von deren Berechnungen gelegen sei. So gut vorbereitet die Finanzwelt auf die Erklärungen Dr. Brüning's gewesen sei, so dürfte doch nicht angenommen werden, daß nunmehr das Ende der Reparationen gekommen sei.

W.B. Washington, 12. Jan. Wie der Vertreter des W.B. von maßgebender Seite erklärt, wird eine Aktion seitens Amerikas in der Reparations- und Kriegsschuldenfrage jetzt nicht erfolgen. Die Vereinigten Staaten werden nicht einmal einen Beobachter zur Konferenz entsenden, um jeden Anzeichen einer erneuten amerikanischen Initiative zu vermeiden.

Italien macht keine Schwierigkeiten

Rom, 11. Jan. Die Entwicklung, die die Reparationsfrage mit dem Interview des Reichsanstalters genommen hat, war von der italienischen Außenpolitik seit einiger Zeit in den Bereich des Möglichen gezogen worden. Man verweist darauf, daß Italien immer die enge Verbindung der in den letzten Jahren entstandenen Wirtschaftsprobleme vertreten hat. Italien habe immer die Notwendigkeit einer großzügigen Lösung der Reparations- und Schuldenprobleme verfochten.

Die Steuererklärungen für 1931

Der Reichsfinanzminister hat als Frist für die allgemeine Abgabe der Steuererklärungen zur Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer bei der Veranlassung für die 1931 endenden Steuerabschnitte die Zeit von 15. bis 28. Februar 1932 bestimmt.

Stand der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches

Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrug die schwebende Schuld des Deutschen Reiches am 31. Dezember 1931 191,8 Millionen RM. Von dieser Summe entfielen 109,21 Millionen RM. auf Zahlungspflichtigkeiten aus der Begebung unversicherter Schatzanweisungen und 400 Millionen RM. auf umlaufende Reichswesche.

Europäische Studentenkommision auf unbestimmte Zeit verschoben

Genf, 12. Jan. Das Völkerbundsekretariat bestätigt heute, daß die Tagung der Europäischen Studentenkommision, deren Vorsitzender Briand ist, ohne Anderräumung eines neuen Termins verschoben worden ist.

National Katholische Partei im Elsaß

D.S. Straßburg, 11. Jan. Die im Jahre 1928 durch Absplitterung von der Christlichen Volkspartei entstandene Nationale Katholische Partei hielt im Hinblick auf die bevorstehende Kammerwahl einen Parteitag in Straßburg ab. Nach einem Vortrag des Parteiführers des früheren Unterstaatssekretärs Dr. Oberlich nahm der Parteitag eine Entschließung über die nationale und internationale Politik des Kabinetts Vaval an, die eine Vertrauensfundgebung für Vaval darstellt und diesen ausdrücklich auffordert, bei den bevorstehenden internationalen Konferenzen die auf internationalen Vertrauen beruhenden Rechte Frankreichs zu schützen.

Wiederbeginn der Arbeiten des Strafrechtsausschusses

Nach mehrmonatiger Pause trat der Strafrechtsausschuß des Reichstages zusammen. Der Ausschuß hat die zurückgestellten Paragraphen des Strafrechtsentwurfes zu erörtern, und zwar wird er mit den weniger wichtigen Angelegenheiten beginnen, während die bei unrichtigen Genenstände wie die Todesstrafe und die Verbrechen wider das keimende Leben erst später erledigt werden sollen.

Helden der Arbeit

Das Rettungswunder im ober-schlesischen Bergbau — Der Triumph der proletarischen Solidarität — Wie die Treue armer Bergleute die bürgerliche Gesellschaft beschämt

Die verschütteten Bergleute der Karsten-Zentrumsgrube bei Beuthen: Aus dem Grab, aus der Kohlenhöhle hat sie die Treue und Hingabe der Kameraden gerettet. Es gibt noch Wunder.

Sie haben nicht umsonst gehofft, die Verschütteten, nicht umsonst an ihre Kameraden geglaubt — 144 Stunden lang, 144 Stunden im Rachen des Todes, 144 Stunden in Hunger, Durst und Verzweiflung und Finsternis. 144 Stunden konnten sie Gemütsenerforschung halten und zurückblicken auf ein Leben voll von Sorge und Not, in Not und Sorge für Frau und Kinder, die zu Hause bereits den Vater beweinten. 144 Stunden Rückblick von drüben, hinter dem Tor des Todes! Und dennoch Zuversicht und Glauben an die Kameraden.

Die Kameraden — 144 Stunden im Wettkampf mit dem Tod! Werden sie es schaffen? Werden sie stärker sein als das Gebirge? Der Binkel fliegt, der Bohrer dröhnt, die Pulve fliegen, der Schweiß fließt in Strömen, die Knie zittern — macht nichts, es wird weiter gegraben — nach Menschen gegraben. Kohlen gräbt man ja alle Tage. Dieses Mal aber fällt und gilt es, Menschen, womöglich lebendige Menschen aus dem Grab zu graben. Immer neue Widerstände wirft das fälschliche Gestein in den Weg, immer von neuem werden sie überwunden, weggeworfen, weggetragen, weggerissen — 144 Stunden lang. Sie müssen durch, durch das Tor des Todes, hinter dem lebendige Kameraden warten, warten, hoffen und warten, klopfen und horchen, ob nicht einer ist, nicht einer von den Kameraden tief unten in der Grube, der sie hört, der sie rettet. Und die Mengengräber graben, graben 144 Stunden lang. Sie überwinden den Tod. Sie holen sie heraus, aus den Armen des Todes zum Leben, aus der Nacht zum Licht, und geben den Kindern den Vater wieder, den Mann der Frau, den Freund dem Freund. Hoch klingt das Lied vom brauen Bergmann der Karstengrube.

Der Reichspräsident hat die Retter der Karstengrube beglückwünscht. Mit ihm beglückwünscht sie ganz Deutschland. Glückwünsche sind aber, und wenn sie noch so sehr von Herzen kommen, nur Worte. Das Rettungswunder der Karstengrube sollte der Regierung Veranlassung sein, auch ihrerseits ein Beispiel von Solidarität und Mitgefühl zu offenbaren. Jahraus, jahrein werden immer wieder die Bergleute bei großen Katastrophen mit Anerkennung und Lobreden überschüttet. Wenn es aber gilt, aus dieser Anerkennung auch einmal die Konsequenzen zu ziehen — wo bleibt dann die Weitzerzigkeit? Dann hat immer nur der Verstand das Wort. Dann

wird immer nur gerechnet und gerechnet. So war es erst vor kurzem wieder in dem Augenblick, als in der Lohnfrage über die Protration des Bergmannes entschieden wurde. Ist es denn nicht ein entsetzlich hartes Brot — dieses Brot der Kohlengräber? Ist sich denn nicht alle Welt darüber im Klaren, daß man den Schweißarbeiter nicht beinahe an die letzte Stelle der Lohnreihe placieren kann? Nicht Dank hat der Bergmann geerntet, sondern Unrecht, als die Lohnnotverordnung über die Arbeiterschaft verhängt wurde. In der Arbeitsfront des Kumpels geht es auch nicht nur um Zahlen, es geht da immer um Kopf und Kragen. Wenn auch die Bergleute nur rechnen würden — wo bliebe der Bergbau, wo bliebe die Wirtschaft, wo wären in den letzten Jahren wiederholt Volk und Staat geblieben? Der brave Mann denkt an sich selbst zuletzt. Das ist aber kein Grund für die anderen, auch an ihn nur zuletzt zu denken.

Weithin leuchtet das Beispiel der armen Kohlengräber des Beuthener Reviers. Auch von diesen armen Kohlengräbern könnten die großen Herren in Deutschland und in der Welt draußen etwas lernen. Sie zeigen, was Glaube und Hingabe und Kameradschaft vermögen, sie zeigen, daß nur durch Solidarität Hilfe in der Not möglich ist. Da verhandeln sie zur Zeit wieder einmal in Genf und zwar ausgerechnet wieder einmal über das Arbeitslosien der Bergleute. In der Verkürzung der Arbeitszeit haben sie wieder einmal — nichts erreicht. Wieder einmal werden die Bergleute verdrängt, weil die Unternehmer und Regierungen sich nicht verständigen können, nicht solidarisch vorgehen wollen. Solidarität und Kameradschaft — für die kapitalistische Wirtschaft sind das fremde Begriffe und so geht der Kohlenkrieg weiter. Die Opfer dieses mörderischen Krieges bringt der arme Bergmann. Hunderttausende seiner Kameraden werden arbeitslos und Frau Sorge ist heute überall in den Grubenrevieren, in den Bergmannsstuben ständiger Gast.

Hoch klingt das Lied der Kameradschaft der Bergleute! Es ist kein neues Lied. Durch die Welt macht zur Zeit der Film „Kameradschaft“ die Runde, der die Solidarität der deutschen mit den französischen Bergleuten beim Grubenunglück von Courrières im Frühjahr 1906 verberichtet. Dieser Kameradschaftsfilm hat sich nur in den Arbeiterquartieren ein Publikum zu finden verstanden. Die vornehme Welt hat sich für ihn wenig interessiert und er mußte daher in manchem vornehmen Viertel in den Kinos sehr rasch wieder Militärfilmen oder irgendwelchem Unterhaltungsumfium Platz machen. Auch ein Zeichen der Zeit! Die kapitalistische Welt hatte kein Interesse für die Großtaten der Armut, für Triumphe der Arbeiter-Solidarität. Sie kann sich nur für kriegerischen Heldentum oder allenfalls für Großtaten der Technik und des Sportes begeistern.

Dennoch: Hoch klingt das Lied der Arbeiter-Solidarität!

Aus aller Welt

Vier Bergleute eingeschlossen und gerettet

Kassel, 12. Jan. Auf der Zeche „Roter Stollen“ im Habichtswald bei Kassel wurden heute früh drei Bergleute durch eine einfallende Wand abgeschlossen. Es ist noch nicht gelungen, sie zu befreien. Das Revieramt hofft jedoch, sie unverletzt wieder heranzuholen.

Kassel, 12. Jan. Die durch einen Streckeneinbruch auf der Zeche „Roter Stollen“ von der Außenwelt abgeschnittenen Bergleute konnten nach achtstündiger anstrengender Arbeit unversehrt geborgen werden. Es handelt sich nicht um drei, sondern um vier Bergarbeiter.

Das 4-Pfennig-Stück in Sicht

W.B. Berlin, 12. Jan. Das Reichsfinanzministerium hat, den Vätern zufolge, den Auftrag zur Herstellung der neuen 4-Pfennig-Stücke, die bekanntlich in einem Betrage von zwei Millionen Reichsmark zur Ausgabe gelangen sollen, an die sechs staatlichen Münzen Berlin, München, Hamburg, Karlsruhe, Stuttgart und Wittenberge (Sachsen) bereits erteilt.

Auto in Personengruppe gefahren

W.B. Stuttgart, 12. Jan. Ein Kraftwagen fuhr heute nacht auf der Straße von Ludwigsburg nach Kornwestheim von hinten in eine Gruppe junger Nationalsozialisten hinein. Acht Nationalsozialisten wurden verletzt, zwei von ihnen schwer.

Elfi Weinhorn am Himalaja

Kalkutta, 12. Jan. Die Fliegerin Elfi Weinhorn startete in Kalkutta nach dem 300 Kilometer nördlich von Kalkutta am Fuß des Himalaja gelegenen Sikkim.

Festsetzung am Vierwaldstätter See

Mildorf, 12. Jan. Am Dienstag morgen gegen 6 Uhr ereignete sich am Uferberg zwischen Siffon und Hülten ein großer Verkehrsunfall, der trotz der Verbannungen, die seiner Zeit die Bundesbahn ausgeführt hatte, die Gotthardlinie und die Alpenstraße zum Teil beschädigte. Während die Gotthardlinie bald wieder freigegeben werden konnte, bleibt die Alpenstraße bis auf weiteres gesperrt.

Schweres Unglück beim Bobmeisterrennen

Schreiberhau, 12. Jan. Am Dienstag nachmittags gegen zwei Uhr ereignete sich bei den deutschen Viererbobmeisterrennen in Schreiberhau auf der Zschaldobobbahn ein schweres Unglück. Nachdem bereits am vormittag bei den Vorläufen der Deutschhöchste Schwarzbach mit seinem Bob zu Fall gekommen war und mit einem schweren Schädelbruch und einer Unterkleiberletzung ins Schreiberhauer Krankenhaus eingeliefert werden mußte, fuhr beim ersten offiziellen Lauf der Bob „Foiß“ vom Schreiberhauer Bobklub in der ersten S-Kurve infolge zu hoher Geschwindigkeit über die Kurve und die Bretter hinaus ins Publikum hinein und verwickelte an den Fischen. Während der Fahrer selbst nur schwere Fleischwunden erlitten, wurde eine 30-jährige Frau von Berner vor sich gerollt und getötet, die 5-jährige Frau Witscherichsra Teichner aus Weslau so schwer verletzt, daß sie kaum noch mit dem Leben davonkommen dürfte. Weitere fünf Zuschauer liegen mit schweren Verletzungen in den Schreiberhauer Krankenhäusern. Die übrigen zehn Leichtverletzten haben inzwischen ihre Wohnungen aufsuchen können, und auch die Fahrer des gestürzten Bobs „Foiß“ konnten in häusliche Pflege entlassen werden.

Das Moratorium für Mexikos Außenschuld verlängert

Nach einer Meldung aus Mexiko ist das Moratorium für die auswärtige Schuld durch eine Vereinbarung mit dem internationalen Bankeratsausschuß in New York bis zum 1. Januar 1934 verlängert worden.

Immer noch Brandherd im Stuttgarter Schloß

Stuttgart, 12. Jan. (Eig. Meldg.) Der Brand im Alten Schloß ist, womit man übrigens gerechnet hat, noch immer nicht erloschen. Am Dienstag vormittag gelang es dem völkisch ausgearbeiteten Räumungsamt, das unter dem zusammengebrochenen Westturm, das auf dem Gemälde über der Silberkammer liegt, sich immer noch ein Brandherd befindet. Seine Bekämpfung wurde sofort aufgenommen. In eine Ausdehnung dieses räumlich eng umgrenzten Brandherdes ist nicht zu denken. Infolge seiner tiefen Lage kann es dort jedoch noch längere Zeit alimen und alisten.

An der Einbruchsstelle neben dem südlichen Turm gegenüber der Städtischen Markthalle wurde am Dienstag in sehr vorsichtiger Weise mit den Räumungsarbeiten begonnen.

Raubüberfall auf Bestellung

Eine mysteriöse Sachaffäre aufgeklärt

Halle a. S., 12. Jan. (Eig. Draht.) Ein Raubüberfall auf Bestellung wurde, wie sich jetzt herausstellt, am 9. Dezember v. Js. in den Räumen des Jugendamts der Stadt Halle verübt. Mitten in der Dienstzeit traf auf dem Korridor plötzlich ein Schuh Hinzueilende Beamte stellten fest, daß der Stadtoberektor Gähre schwer verwundet sich in einer Blutlache wälzte. Ein auf keinen Namen lautendes Sparschreiben lag zerissen neben ihm. Da am Tatort eine Waffe nicht gefunden wurde, glaubte man allen Ernstes an einen Raubüberfall. Erst als durch die Revision festgestellt wurde, daß Gähre

erhebliche Veruntreuungen

als Pfleger einer Privatperson und zum Schaden der Stadtkasse begangen hat, wurde man ruhig und lenkte die Ermittlungen nach einer anderen Richtung. Und nun stellte sich heraus, daß der ganze Raubüberfall fingiert und auf eigenes Verlangen gegen ein Honorar von 800 A ausgeführt worden war.

Gähre wandte sich zuerst an den 26-jährigen, seit langem arbeitslosen Buchhändler Willy Pfeifer und verabredete mit ihm alle Einzelheiten des Raubüberfalls. Pfeifer bekam es, obwohl ihm ursprünglich 5000 A zugesichert worden waren, im entscheidenden Augenblick jedoch mit der Anlauf zu tun. Er begann sich auf die Folgen, wenn aus dem Raubüberfall ein Raubmord entstände und brachte deshalb seinen Schwaiger, den 22-jährigen Wohlhabenderwerblosen Karl Haller mit. Gähre handelte im Revolver, sowie das vereinbarte Honorar aus, geriet sein Sparschreiben, um einen Raub vorzutäuschen, dann schoß Haller den Stadtoberektor aus ganz kurzer Entfernung mit einem alten Trommelrevolver nieder. Die schmerzhaft erarifene Blutsprache. Niemand wäre hinter die mysteriöse Geschichte gekommen wenn mit den Veruntreuungen nicht auch festgestellt worden wäre.

das Gähre sich mit 18000 A gegen jeden Unfall versichert hatte. Durch diesen Versicherungsbeitrag wollte er seine Veruntreuungen, deren genaue Höhe nicht festgestellt werden können, weil Gähre etwa 900 Belege durch Einbruch gestohlen hat, abdecken. Daneben wollte er den ehrgierigen Ansprüchen seiner Frau, die im Königin Luise-Bund circa 10000 A nachkommen. Das Tragische an der ganzen Geschichte ist, daß sie tatsächlich zwei arme Teufel von Arbeitslosen auf Ausführung einer solchen verbrecherischen Tat gefunden haben, deren Folgen unter Umständen geradezu unabsehbar hätten sein können, schlimm genug werden sie obendrein für sie sein.

Nazi-Führer und Newyorker Bankjude

Eine Feststellung, die gelesen hat

Aus verschiedenen Äußerungen können wir den Schluß ziehen, daß unsere Feststellungen vom letzten Donnerstag über „Kundenseiter im Nazineß — der „Zude Kahn“ und das Zahlungsgeldnis Hitlers“ im nationalsozialistischen Lager eingeschlagen haben. Eine Reihe Mitläufer der Nationalsozialisten haben aus diesen Feststellungen ersehen, wie widersprüchlich die nationalsozialistische Politik ist und wie sehr sie auf hohle Demagogie aufgebaut ist. Begreiflich, daß dem nationalsozialistischen Führer diese Tatsache sehr unangenehm ist und er ein Ablenkungsmanöver versucht, indem er das Streitothema, mag sich auch der Führer in seiner Sonntagsnummer über unsere Feststellungen noch so krümme und windet.

Das Manöver des nationalsozialistischen Führers, den Stils umzudrehen, ist trotz aller Manöverversuche des nationalsozialistischen Blattes allzu durchsichtig. Bei aller talmudistischen Rabulistik (woher mögen die Rassenfreunde des Herrn Goebbels diese Gabe wohl haben?) vermag der nationalsozialistische Führer nicht wegzuspinnieren, daß just in dem Augenblick, in dem das Deutsche Reich einen Vorstoß in der Reparationsfrage unternimmt, er einen Frontalangriff gegen den am stärksten den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage unterstützenden amerikanischen Bankier Otto S. Kahn unternimmt, während gleichzeitig Adolf Hitler immer wieder betont, daß die Nationalsozialisten die Privat Schulden Deutschlands voll und ganz anerkennen würden: ein Vorgang, der das widersprüchlich-demagogische Treiben der Nationalsozialisten drastischer als irgend ein anderes Ereignis zum Ausdruck bringt.

Die Aufdeckung der nationalsozialistischen Zweideutigkeit war uns umso angenehmer, als sie uns gleichzeitig Gelegenheit gab, auch die Hintergründe des Verhaltens der amerikanischen Bankiers klarzulegen; denn gerade das Gegenteil von dem, was der nationalsozialistische Führer in seiner Zweideutigkeit seinen Lesern vorzulegen möchte, ist richtig: Während der Führer seinen Lesern ein X für ein U vorsetzt, verlangen wir, dem Volke klaren Wein einzuschütten, mag es sich nun um „Argermanen“ vom Schlage Goebbels oder „weniger rassenreine Arier“ vom Schlage Kahns handeln. Wir haben deshalb im Volksfreund dargelegt, daß die Ursache des Eintretens Otto S. Kahns für den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage darin liegt, weil durch eine Streichung der Reparationen die von den amerikanischen Banken nach Deutschland geliehenen Privatdarlehen eine umso größere Sicherheit haben. Also gerade das Gegenteil, was der nationalsozialistische Führer behauptet, ist richtig. Nicht dem Newyorker Bankier Otto S. Kahn zuliebe haben wir Klarheit über diese Frage geschaffen, sondern eher seinen materiellen Motiven zuliebe haben wir, da wir das Streben nach Wahrheit als das Fundament der Presse des werktätigen Volkes halten, festgestellt, daß das Verhalten der amerikanischen Bankiers nicht etwa aus Liebe zum deutschen Volk entspringt, sondern aus deren egoistischen Interessen, um für ihre Darlehen eine umso größere Sicherheit dadurch zu bekommen, daß das deutsche Volkvermögen neben den Privat Schulden nicht auch noch mit politischen Schulden belastet ist.

Im Zusammenhang damit weisen wir darauf hin, daß Adolf Hitler sich zwar mit Schaum vor dem Munde für die Streichung der Reparationslasten einsetzt, dagegen jedoch immer wieder das feierliche Gelöbniß abgibt, die privaten Schulden an Amerika voll und ganz als „ehrfürmer Kaufmann“ zu zahlen. Mit Recht haben wir daher Hitlers Weise in die neueste Variation des Führer folgendermaßen über-

politische Schulden werden im Dritten Reich nicht bezahlt; der Newyorker Bankjude Kahn von der Firma Rubin, Loeb u. Co. in Newyork erhält jedoch keine Forderungen auf Sellaer und Pfenning bezahlt.

Wenn wir diesen Widerspruch zwischen der Heße des nationalsozialistischen Führers gegenüber dem „Newyorker Juden Kahn aus Mannheim“ und dem hitlerischen Zahlungsgelöbniß für private Schulden als ein Beispiel darüber darlegen, wie es mit Theorie und Praxis im Dritten Reich bestellt ist, so läßt es uns allerdings fern, wie der Führer annimmt, daraus zu schließen, es läge eine „Meinungsverschiedenheit“ zwischen dem nationalsozialistischen Führer in Karlsruhe und dem Führer der nationalsozialistischen Partei, Hitler in München, vor. Wir kennen die programmatischen Grundlagen der nationalsozialistischen Bewegung genau genug, um zu wissen, daß „Meinungsverschiedenheiten“ zwischen dem nationalsozialistischen Parteiblättchen in Karlsruhe und dem nationalsozialistischen Führer Hitler in München nicht denkbar sind; den wenn der nationalsozialistische Führer in München etwas befehligt, so gibt es für den kleinen Führer in Karlsruhe keine „Meinungsverschiedenheiten“, sondern er muß parieren oder der Nicht-Parierende fliegt.

Was für uns jetzt stellen war, das war die Aufdeckung eines Manövers des nationalsozialistischen Führer in Karlsruhe, bei dem sich jetzt zeigte, wie sehr es im Widerspruch zu den „feierlichen Gelöbnissen“ von Adolf Hitler stand. Gleichzeitig handelte es sich für uns jedoch auch darum, gerade den patriarchalen Patrioten im Rahmen der Reichstreffen zu zeigen, daß dem nationalsozialistischen Führer in Karlsruhe parteipolitische Manöver wichtiger sind, als eine nationale Politik; und zwar gerade in dem Augenblick, in dem der Reichstanzler durch eine neue Aktion in der Reparationsfrage sich bemüht, eine Politik zu treiben, die zweifellos einen bedeutungsvolleren nationalen Zug darstellt, als alles nationalsozialistische Fezzegeschrei der nationalsozialistischen Presse.

Bandaktivismus

23. Oberösterreich bei Bruchal 12. Jan. Der wohl an 500 Jahre alte einlitzige Friedhof ist von biblischer Hand verunstaltet worden. Die Nachforschungen nach dem roten Täter oder seinen Mithebern sind leider bisher erfolglos geblieben.

Freistaat Baden

Der badische Staatshaushalt

Verzögerung in der Fertigstellung

Die Fertigstellung des gesamten badischen Staatshaushalts für die Jahre 1932/33 hat eine Verzögerung durch die letzte Reichsnotverordnung erfahren, weil diese eine völlige Umberrechnung der badischen Einnahmen und Ausgaben nötig machte. Wie der Badische Landespressedienst erfährt, wird diese Arbeit noch den ganzen Januar in Anspruch nehmen. Wie weiter bekannt wird, beabsichtigt der Badische Landtag, seine Winterarbeit erst bei Vorliegen des Haushalts aufzunehmen, so daß der Wiederbeginn der parlamentarischen Beratungen in die erste Hälfte des Februar fallen wird.

Scharfe Länderbedenken gegen Wasserstraßen-Verreichlichung

Eine ablehnende Erklärung

Der Plan der Reichsregierung, am 1. April die Wasserstraßenverwaltung auf das Reich zu übernehmen, ist bisher auf energischen Widerstand der Länderregierungen gestoßen. Ihre Bedenken gegen den Plan haben die Länderregierungen mit Ausnahme der Danesländer dieser Tage in einer in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers abgehaltenen Konferenz zum Ausdruck gebracht. Wie der Soa. Pressedienst erfährt, hat die Erklärung folgenden Wortlaut:

„Die Vertreter aller deutschen Wasserstraßenländer haben den Wunsch und sind durchaus bereit, dabei mitzuwirken, daß Mängel, die bei der letzten Form der Verwaltung als störend empfunden werden sollten, abgestellt werden. Sie sind auch bereit, der jetzigen Notzeit entsprechend in der wasserwirtschaftlichen Verwaltung jede Erparnis machen zu helfen, die sich als möglich erweist. Sie weisen aber mit Nachdruck darauf hin, daß nach ihrer Überzeugung durch die geplante Neuorganisation keine Erparnisse, sondern erhebliche einmalige Unkosten und laufende Mehraufwendungen zu erwarten sind, wenn nicht nur der Haushalt des Reiches, sondern auch die Haushalte der Länder und ausalich die der gesamten deutschen Wirtschaft ins Auge gefaßt werden. Die Vertreter der Länder Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Oldenburg, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin erheben ernste Bedenken gegen die vom Reichsfinanzminister beabsichtigte Art einer Reichswasserstraßenverwaltung. Diese Verwaltung würde der Lösung des Gesamtproblems Reich-Länder vorzuziehen und eine organische Reichsreformverwaltungsreform gefährden, da wiederum geplant ist — wie seinerzeit bei der Schaffung einer Reichsarbeitsverwaltung — eine Reichsreformverwaltung zu errichten. Wird die Stromverwaltung aus dem Zusammenhang mit der allgemeinen Verwaltung herausgerissen, so wird bei der Verwaltung der deutschen Ströme der Ausgleich der vielen zu berücksichtigenden Interessen, die zum Teil einander entgegenstehen, erschwert. Ein Ausgleich zwischen den Interessen der Landesregierungen, der Kraftwirtschaft, der Hygiene, des Hochwasserbeschutzes, der Binnenschifffahrt usw. ist nur in einer in sich zusammenhängenden Verwaltung möglich. Die Bedenken gegen die geplante Sonderverwaltung werden noch dadurch vergrößert, daß sie entgegen der Reichsverfassung das Recht haben soll, in die allgemeine Landesverwaltung insbesondere in die Verwaltung der Landesstrukturen und Wasserwirtschaft einzugreifen.“

Unbefriedigte Neugierde der Rotenberger

Aus Heidelberg wird uns geschrieben:

Da die Rotenberger Tafelrunde des Freiherrn v. Reichenau aus unserer Stadt die meisten Teilnehmer aufwies, wird der polizeiliche und gerichtliche Fortgang der Angelegenheit noch immer besprochen. Man glaubte auf Schloß Rotenberg bei Wiesloch am 13. Dezember des vorigen Jahres, so ganz unter sich zu sein, bis auf einmal die republikanische Polizei auftauchte und die erlauchten Namen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer unbarmerlich notierte. Dann haben die Helben und Helbinnen des Dritten Reiches schrecklich Au und Wuth geschrieben, als die Deffentlichkeit von ihren Namen Kenntnis bekam, denn sie waren ja zu einem ganz unschuldigen Tee-nachmittag zusammengetroffen. Und es war auch nur zufällig, daß der Schriftsteller Maichinger aus München anwesend war und mit den neuesten Nachrichten aus dem Hauptquartier Hitlers aufwartete.

Seit diesem 13. Dezember schreiben sich der Heidelberger Beobachter, des Halentreibers in Mannheim und der Karlsruher Führer die Finger wund, um zu erfahren, was denn nunmehr die badische Regierung vorhat. Artikel mit Ueberhöflichkeit „Wir erwarten Antwort vom Innenminister Maier“ und „Warum sind die Hochverratsdokumente von Rotenberg immer noch nicht beim Oberreichsanwalt?“ zieren diese Halentreibblätter. Letzten Endes brachte der bekannte Gauleiter Wagner als Mitglied des Badischen Landtags am 17. Dezember eine kurze Anfrage ein, die u. a. lautete: „Wer trägt die Verantwortung für die am 13. Dezember auf Schloß Rotenberg vorgenommene Hausdurchsuchung?“ Man muß doch etwas tun, wozu ist man denn Gauleiter?

Da der Landtag zur Zeit nicht verammelt ist, hat Herr Wagner in seiner Anfrage bemerkt, daß er sich mit der schriftlichen Antwort begnügen würde. — Am verfloffenen Samstag hat nun der badische Innenminister in der größtmöglichen Kürze Antwort erteilt. Wir haben sie unseren Lesern bereits übermittelt. Genosse Maier erklärte mit Recht, daß die Maßnahmen auf Schloß Rotenberg im Rahmen der Zuständigkeit von den Polizeibehörden durchgeführt worden sind. Ferner daß das beschlagnahmte Material Bestände der Akten ist, welche der zuständigen Strafverfolgungsbehörde vorgelegt wurden.

Das genügt. Mehr zu sagen, hatte der Minister keine Veranlassung. Er befreit sich deshalb auch nicht die Neugierde des Gauleiters Wagner, welcher u. a. fragte, ob die Regierung bereit sei, das etwa gefundene Material dem Herrn

Wagner mitzuteilen, damit er gegen die Schuldigen vorgehen kann.

Ein naiver Mann, der Herr Gauleiter, er — ausgerechnet der Vertreter derjenigen Partei, welche sich auf Schloß Rotenberg ein politisches Stelldichein gab —, will gegen die Schuldigen vorgehen. Wer sind in den Augen des Herrn Wagner die Schuldigen?

Der Schloßbesitzer, der „Parteienosse“ Exzellenz Graf v. Reichenau, ehem. deutscher Gesandter, die Gräfin v. Reichenau, die Tochter Hertha v. Reichenau, der Graf und die Gräfin Ulrich-Pienzenau, der Freiherr und die Freiin v. Gemmingen, der Freiherr v. Gaisberg, die von Schauenburg, die Freiin v. Andre und Elisabeth v. Thadden usw.

Gegen diese nationalsozialistischen Gesinnungsverwandten will der Gauleiter Wagner vorgehen?! Daran glaubt er selbst nicht. Oder will er etwas unternehmen gegen die Kreise des Handels und der Industrie, die Bankkreise und die akademischen Kreise, welche in Rotenberg vertreten waren? Wozu also diese Heuchelei?

Die Damen und Herren des so berühmten gewordenen Tee-nachmittags wollen doch abwarten. Der Innenminister sagt ausdrücklich: Das beschlagnahmte Material ist der Strafverfolgungsbehörde vorgelegt worden. Diese hat zu entscheiden. Es wird sich dann zeigen, ob die wilden Presseauslassungen der Nationalsozialisten berechtigt oder unberechtigt waren. Was den Herrschaften auf die Nerven fiel, war die Veröffentlichung ihrer Namen. Entrüstet stellte am 30. Dezember vorigen Jahres das Halentreibbanner in Mannheim fest:

„daß die Veröffentlichung der Namen nichts weiter ist, als eine Preisgabe und Auslieferung der Namen ehrenwerter Bürger an den Mob!“

Also der Mob hätte die Namen der ehrenwerten Bürger und Bürgerinnen nicht erfahren dürfen! Wenn in Rotenberg nichts zu verheimlichen war, wenn lediglich eine gesellschaftliche Zusammenkunft stattgefunden hätte, wozu die Entrüstung über die Bekanntgabe der Namen der Hochwohlgeborenen?

Man rücke doch damit heraus, was der Schriftsteller Maichinger den Teedamen und Teeherrn vorgetragen hat. Warum er ausgerechnet aus München gekommen und warum so ganz zufällig fast nur Gesinnungsverwandte in Rotenberg anwesend waren. Darüber sollte die nationalsozialistische Presse einmal Aufschluß geben. Aber über diesen Punkt hält sie sich in völliges Schweigen. Sie wird wissen, weshalb!

Volkstrauertag 1932

23. Karlsruhe, 9. Jan. Wie alljährlich, hält der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ am Sonntag Reminiszenz, das ist dieses Jahr am 21. Februar, Gedächtnisfeier für die Opfer des Krieges ab. Gemäß einer Entschließung des Staatsministeriums sind an diesem Tage die öffentlichen Gebäude halbmast zu beflaggen. Der Unterrichtsminister hat angeordnet, daß am Samstag, 20. Februar, in den Schulen in der letzten Schulfunde in den einzelnen Klassen auf die Bedeutung des Volkstrauertages hingewiesen wird. Dies hat auch in den Gewerbe- und Handelsschulen und in den allgemeinen und den gewerblichen Fortbildungsschulen an dem vorausgehenden letzten Schultage vor dem 20. Februar am Ende der letzten Unterrichtsstunde zu geschehen.

Landtagwahlvorbereitungen in Württemberg

Religiöser Sozialist als Landtagskandidat

Aus der schwäbischen Metropole wird uns geschrieben:

Die württembergische Sozialdemokratie stellt sich auf einen baldigen Beginn der Wahlbewegung für die Neuwahlen zum Landtag ein. In den einzelnen Wahlkreisen beginnt man daher mit der Aufstellung der Kandidaten. Am Sonntag fand die Wahlkreis-Konferenz für die Oberamtsbezirke des Schwarzwaldes; Calw, Freudenstadt, Maulbronn, Nagold, Neuenbürg und Weisingen a. G. statt, die den Führer der religiösen Sozialisten Württembergs und Redakteur des Organs dieser Bewegung, Stadtpfarrer Dr. Schenkel (Stuttgart-Buffenhäuser) als Spitzenkandidaten für diesen Wahlkreis nominierte.

Volkswirtschaft

Der Weinbau in Baden

23. Der Frost und Schneefall mit anhaltendem Regenwetter hat die Weinbauarbeiten zum Stillstand gebracht. Der Weinverkauf ist zur Zeit, weil die Weine noch nicht überall abgelesen sind, nicht recht. Von Baden gingen 150 Hektoliter 1931 nach Basel an alle Kunden des Weinortes; Erdingen verkaufte zu 36 bis 46 RM. je Hektoliter. Auch vom Kaiserstuhl wird eine Weibund des Weingeschäftes gemeldet, so daß ein großer Teil der 1931er Ernte — die Ernten früherer Jahrgänge sind bekanntlich in Baden nahezu ganz ausverkauft — abverkauft sein, wenn auch zu gedrückten Preisen. Die Weinregierungsbehörde in Erdingen, die neuerdings einen erfreulichen Aufschwung genommen hat, seit sie die vom Weinbau-Institut immer gedrückte getrennte Vese der Traubenforten durchführt, hat schon 1000 Hektoliter zum Teil auch noch von älteren Jahrgängen, abgeleitet. Im Breisgau und in der Ortenau ist wenig Nachfrage nach den zu früh gelesenen Weinen, und Absatzbedingungen. In Schwaben wurden solche Weine nur mit 16 bis 17 RM. je Hektoliter bezahlt. Die in der Rheinlauder Weinzeitung gedruckte Meldung, vom 1931er Jahrgang sei in Baden noch wenig abgeleitet, trifft nicht zu, schätzungsweise die Hälfte ist schon verkauft. Da ältere Weine nicht mehr lagern, werden die 1931er bis zum Sommer ebenfalls untergebracht sein. Soweit die neuen Weine schon abgelesen sind, probieren sie sich als recht sauber und raffig mit zum Teil wunderbarer Blume und nicht zu hoher Säure.

Verfasser: Georg Schöpflin, Verantwortlich: Georg Schöpflin, Baden, Volkswirtschaft. Aus aller Welt, siehe Nachrichten. G. Schöpflin, Baden, Gemerkschaftliche Nachrichten, Verlag, Baden, badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtszeitung, Neustetten, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Rastatt, Gemeindegemeinschaft, Postale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Rundblatt, Detmold und Wandern, Auskünfte: Josef Gieseler, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Ritzler, Schmitz, wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsdruckerei, Volksfreund und G. M. B. Karlsruhe

Schöne weiße Zähne: Chlorodont

Unter-Vorkriegspreise!



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

13. Januar

1690 f. G. Bar. Begründer der „Quäker“-Gesellschaft. — 1782 1. Aufführung von Schillers „Räuber“ in Mannheim. — 1910 Freie Jugendorganisation Berlin polizeilich aufgelöst. — 1914 Frankfurter Lehrer Alfred Böttcher. — 1920 Blutiger Putz vor dem Reichstag (42 f.). Belagerungszustand. — 1925 Eisenbahnkatastrophe bei Bernau. (22 f.).

Bezirksratsitzung

vom 12. Januar 1932

Der Bezirksrat als Verwaltungsgericht hatte in seiner gestrigen Sitzung eine Reihe von Klagen zu verhandeln. Folgende Klagen wurden die Konsensgenehmigung erteilt: Dem Franz Bren hier zum Betrieb des Kaffees gegenüber dem Städtischen Krankenhaus mit Ausdank alkoholfreier Getränke, dem Alfred Stengel hier zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntwein, dem „Zum Strauß“, Weberstraße 88, dem Wendelin Becker hier zum Betrieb des Kaffees Feldbergstraße 11 mit Ausdank alkoholfreier Getränke, dem Otto Fischer in Ruppurr zum Kleinhandel mit Branntwein in der Filiale Riedstr. 1, der Emil Buhre hier zum Kleinhandel mit Branntwein in der Filiale Douglasstraße 8, dem Rudolf Bau hier zum Kleinhandel mit Fleischwaren im Hause Akademiestraße 48, dem Emil Häkel in Gaggenheim zum Betrieb der Realwirtschaft „zur Krone“ Hauptstraße 62, der Josef Schaefer in Böblingen zum Betrieb der Schankwirtschaft mit Branntwein, dem „Bühnenhof“ Bahnhofstraße 20 a, dem Johann Müller in Verabau zum Betrieb der Gastwirtschaft „zum Adler“ Böschbacher Straße 3. Eine Reihe von Klagen zur Ansetzung von Lehrlingen wurde erledigt.

Der Neubildung der Bezirksratskommission wurde nach Voranschlag der in Betracht kommenden Organisationen zugestimmt. Zur Annahme an die geänderten Verhältnisse wird die abgeänderte Vergütungsregelung bei Schneebäuungen auf Land- und Kreisstraßen an die hilfeleistenden Gemeinden mit sofortiger Wirkung festgelegt: a) für Stellen von Arbeitern 75 v. H. des jeweiligen Tariflohns (Stundenlohn) für ungelernete 24 Jahre alte ledige Arbeiter der badischen Staatsverwaltung ohne Berücksichtigung der tarifmäßigen Zulagen; b) für die Stellung eines Pferdegepannes (2 Pferde mit Führer) das 3/4fache der Vergütung unter a); für die Stellung eines Ochsenpannes (2 Ochsen mit Führer) das 2/3fache der Vergütung unter a). Für einzelne Quartiere mit Führer werden sechs Zehntel der Sätze unter b) bezahlt.

Vor Eingang in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende, Herr Landrat Dr. Baur, dem verstorbenen Bezirksratsmitglied Gen. Horst einen tiefempfindlichen warmen Nachruf, dessen Verdienste um das Allgemeinwohl ganz besonders hervorzuheben. Das Kollegium hatte sich zum Zeichen der Trauer und Anteilnahme von den Plätzen erhoben. — Als Nachfolger des verstorbenen Kollegen Horst tritt Genosse Robert Fischer, Kaufmann in Haasfeld, Schulstraße 9, in den Bezirksrat ein.

Herr Landrat Dr. Baur schied mit dem 1. Februar ds. Js. wegen Erreichung der Altersgrenze aus dem Staatsdienst. Herr Bezirksrat Weikel nahm deshalb Veranlassung, da die heutige Sitzung die letzte unter Vorsitz des Herrn Landrat Dr. Baur war, dem Herrn Landrat den Dank des Bezirksrats auszusprechen für die objektive Geschäftsführung. Trotz der verschiedenenartigen Aufstellungen hat er es immer verstanden, die Geschäfte in ruhiger Sachlichkeit zu erledigen. In dem nunmehrigen Ruhestand wünsche er dem Herrn Landrat auch weiteres Wohlergehen. Hela.

Die Lehrerbildungsanstalt macht in Politik

Am letzten Sonntag fand in der städtischen Festhalle eine Kundgebung für Deutschlands Recht auf Sicherheit und Gleichberechtigung statt, zu der ein Arbeitsausschuss einlud. Unter den darin vertretenen Verbänden, wie: Deutscher Jägerbund, Deutscher Taubstumm, Königin-Luise-Bund, Deutsche Arbeitsgemeinschaft, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Nationaler Verband Deutscher Offiziere, Stahlhelm usw. erwiderten wir auf den einladenden Plakaten an den Plakatständern auch die Lehrerbildungsanstalt. Wir wollen zum Inhalt der Kundgebung keine Stellung nehmen; unerlässlich ist uns nur, was die Lehrerbildungsanstalt im Reigen dieser Verbände zu suchen hat. Sollte sie nicht andere Aufgaben haben?

Die badischen Sparkassen zur Zinsenkung

Am Montag tagten im Kleinen Festsaal in Anwesenheit der Minister Mater und Dr. Matthes die Vertreter der badischen Sparkassen und Gemeinden. Nach Referaten des Präsidenten Dr. Gugelmeier und Direktors Gremer vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband und des Direktors Dr. Melzer wurden einstimmig einige Entschlüsse gefasst. U. a. richten die Sparkassen an alle beteiligten Kreise, insbesondere an ihre Einleger, die Mahnung, nicht unnötigerweise Einlagen zu kündigen, weil sie sonst ihrerseits ihren Schuldner gegenüber ebenfalls Forderungen kündigen müssen. Das Interesse der Wirtschaft des Landes erfordert, daß die Kreditinstitute zu Rückbildungen ihrer Forderungen in größerem Umfang nicht genötigt werden, sondern ihren Schuldner nach dem Durchhalten über die schwere Zeit erleichtern können. — In der Entschließung zur Zinsenkung heißt es u. a.:

„Die badischen Sparkassen begrüßen jede Maßnahme, die zur Entlastung der Wirtschaft getroffen wird. Sie sind bereit, mit aller Kraft sich in den Dienst der Zinsenkung zu stellen, erwarten aber, daß mit gleicher Laune, mit welcher die Senkung der Hypothekenzinsen veranlaßt worden ist, auch die übrigen Zinsen der Wirtschaft nachgeprüft werden. Sie bedauern, daß ihrem Antrag auf gleichzeitige Festsetzung eines Höchstfußes für alle ausgeliehenen Gelder nicht entsprochen wurde und halten diese Forderung aufrecht. Sie erwarten, daß auf Grund des abgeschlossenen Abkommens der Spitzenverbände die Sollzinsen im Geldmarkt alsbald auf das unbedingt notwendige Maß herabgedrückt werden.“

Im übrigen stellte der Sparkassentag fest, daß die Organisation und Geschäftspolitik der badischen Sparkassen und ihren Girozentralen sich auch in der Krisenzeit bewährt hat. Besonderen Beifall fanden die Worte des Vorsitzenden Dr. Gugelmeier, als er auf die Notwendigkeit hinwies, die Reparationen zu befristigen, um die deutsche und die Weltwirtschaft wieder in Gang zu bringen.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Oststadt

Am Freitagabend fand im „Bernhardshof“ eine gut besuchte Bezirksversammlung statt, in der Gen. Warrer Kappes über „Das Fürsorgerwesen“ sprach. Einleitend betonte der Redner, daß heute in Deutschland rund ein Fünftel der Bevölkerung in irgend einer Weise als Fürsorgeempfänger in Betracht kommt. An Hand eines reichen Zahlenmaterials wies der Redner dann nach, daß wir in der Stadt Karlsruhe noch nicht auf dem Höhepunkt der Not angekommen sind. In früheren Wintern wurden in

Zum Konkurs der Schafferbank

Wirtschaft Horatio! — Die erste Gläubigerversammlung

fm. Nachdem die Schaffergilde in Konkurs geraten ist, wurde am 19. Dezember 1931 bekanntlich auch das Konkursverfahren über das Vermögen der Schaffer-Bank, Gemeinnützige AG. in Karlsruhe, eröffnet. Beide Unternehmen waren von Diplomingenieur Mauritiu ins Leben gerufen. Montag nachmittag fand vor dem Karlsruher Amtsgericht die erste Gläubigerversammlung im Konkurs der Schafferbank statt. Es waren etwa 25 Gläubiger und Aktionäre der Bank erschienen. Eine Mehrzahl von Gläubigern kam aus Groß-Stuttgart und Umgebung, namentlich aus Zuffenhausen.

Zunächst erstattete der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Belker, seinen Bericht. Er führte u. a. aus: Die Schafferbank war als Bauparität am 4. Mai 1931 gegründet worden. Sie wollte Gelder aufbringen, um sie als Baubarlehen vor allem an Rinderbesitzer auszugeben. Dies sollte erreicht werden durch Ausgabe von Kleinaktien. Auf den Neubauten wurden zur Sicherung Hypotheken und Grundschulden eingetragen. Die Sache trankte daran, daß keine Möglichkeit gegeben war, aus diesen Geldern die Verwaltungskosten zu befrieren, da die eingehenden Gelder auf ein Sperrkonto bei einer Bank angelegt wurden. Nebenbei wurden Genußscheine ausgegeben, die die Büro- und sonstigen Kosten befreiten sollten. Das hörte auf, als die Aktien bei der Wirtschaftskrise nicht mehr unterzubringen waren. Die Verwaltungskosten betragen pro Monat 1000 M. Das Kapital betrug zunächst 500 000 M. Dieses wurde durch Frau Mauritiu wegen des Stimmrechts zum größten Teil übernommen; sie hat die sämtlichen Namensvorsatzaktien übernommen und auch einen Teil der Stammaktien, so daß sie über die Stimmenmehrheit verfügte. Von vornherein war damit zu rechnen, daß das Kapital nicht ausreichte. In der Generalversammlung vom 14. September sollte das Kapital auf 500 000 M. erhöht werden, was abgelehnt wurde. Es wurde lediglich um 250 000 M. erhöht. Eine große Anzahl Aktien, über 90 000 Mark, wurde verkauft, die zum größten Teil nicht bezahlt sind. Die Schuldner mußten den Betrag noch zur Konkursmasse zahlen. Es erhebt sich ganz außerordentlich, das Geld von den Zeichnern heranzubekommen. Die Hypotheken- und Grundschuldbriefe sind bei der Deutschen Bau- und Bodenkreditbank hinterlegt. Wie sie zu verwerten sind, ist noch recht zweifelhaft. Wahrscheinlich kann man sie heute kaum verkaufen — was vor einigen Jahren noch möglich gewesen wäre, — da sie auf Häusern ruhen, die noch nicht gebaut sind. Die Sache scheiterte daran, daß der Gedanke ganz klar war, oder in der Form nicht durchführbar, weil Kosten und Speise derart hoch waren, daß sie aus den Genußscheinen nicht befreit werden konnten. Das Unternehmen mußte zugrunde gehen. Das Personal ist nicht rechtzeitig gekündigt worden und muß noch bezahlt werden bis 1. April. Eine Weiterführung des Unternehmens in der Form, wie es gedacht ist, ist ausgeschlossen. Wie der Konkurs sich weiterhin entwickeln wird, läßt sich schwer voraussagen, da nicht abgesehen werden kann, wie die Verwertung der wenigen Objekte möglich sein wird. Ob eine Sanierung durchführbar sein wird, wie es Dipl.-Ing. Mauritiu anscheinend versuchen will, kann der Konkursverwalter nicht angeben. Außer dem Sperrkonto bei der Bau- und Bodenkreditbank ist noch ein solches bei der Oberamtsparität Stuttgart-Zuffenhausen mit 1971 M. vorhanden. Es wird die Frage zu prüfen sein, ob man den Aufsichtsrat in irgend einer Form barbar machen kann. Die Zahlungsunfähigkeit der Bank ist in der Generalversammlung vom 22. November proklamiert worden.

Am Anfang von die Ausführungen des Konkursverwalters setzte eine lebhafte Aussprache ein. Ein württembergischer Gläubiger verlangte Auskunft, warum von 19 000 M. einbezahlten Geldern nur 10 000 M. bei einem Bau an Bauarbeiter ausgezahlt wurden. Der Konkursverwalter verwies darauf, daß die Sachlage heute noch nicht völlig geklärt sei. Ein Gläubiger aus Zuffenhausen erklärte, im Vertrauen auf den Namen des Aufsichtsratsmitglieds Oberbürgermeister i. R. Siegrist habe man sich entschlossen, sich zu beteiligen. Oberbürgermeister i. R. Siegrist und Dr. Bärle erklärten, sie hätten erst nach Drucklegung der später zurückgekommen Broschüre Kenntnis davon erlangt, daß sie mit ihrem Namen unterzeichnet war.

Bankdirektor a. D. Treubänder Bloch (Karlsruhe) spricht im Namen aller Gläubiger, deren Unmut er versteht. Es habe eine Unordnung bei der Bank geherrscht, die nicht hätte aufkommen können, wenn man sich mit mehr Interesse der Sache widmet hätte.

Es sei ohne Zweifel, daß die aufgelisteten Bilanzen kaufmännischen Grundgedanken nicht entsprächen. Die Gläubigerversammlung werde seine Aufgabe darin sehen, zu versuchen, ob von den 98 000 M. Aktien noch etwas zu holen ist. Der Konkursverwalter nennt aus dem vorläufigen Status rund 29 000 M. Kreditoren, denen rund 54 000 M. in Grundschuldbriefen gegenüberstehen. Oberbürgermeister i. R. Siegrist gibt an, er habe selber Ausstellungen machen müssen und sei heute selber als Aktionär geschädigt. Er habe sich mit der Sache befreundet gehabt, um sie in richtige Bahnen zu leiten. Rechtsanwalt Bloch fragt das frühere Aufsichtsratsmitglied Bärle nach den Gründen seines Rücktritts. Dr. Bärle erwidert, er habe die Rolle voll gehabt. Er und Siegrist hätten nach Eintritt

der Zahlungsunfähigkeit die Absicht gehabt, die Gesellschaft aufzulösen; dann hätten die Gläubiger 100 Prozent erhalten. Dazu ist es nicht gekommen, weil Mauritiu erklärt habe, er habe die Zusage von Reichsfinanzminister Dietrich, der Gelder für die Sanierung der „Schaffergilde“ in Aussicht gestellt habe. Auf Befragen wird erklärt, Schaffergilde und Schafferbank hätten nichts miteinander zu tun gehabt, wenn sich auch ein „gewisser wirtschaftlicher Zusammenhang“ nicht leugnen lässe.

Rechtsanwalt Bloch, als Gläubigervertreter, betont, die Vernehmung des Reichsfinanzministers werde ersehen, daß der Minister nie daran gedacht habe, der Schafferbank und Schaffergilde irgendwelche Gelder zur Sanierung zu geben. Hierauf wurde der Wahl des Gläubigerausschusses geschritten, nachdem der Konkursverwalter Dr. Becker genehmigt war. In den Gläubigerausschuss wurden gewählt: Treubänder Bloch (vertritt 11 Gläubiger aus Württemberg), Rechtsanwalt Bloch (Sparenleger-Gläubigergruppe) und Amtsvorsteher a. D. August Strickfaden.

Bei der Schafferbank scheint also dieselbe Unordnung und „fachmännische“ Geschäftsführung vorhanden zu sein, wie bei der Schaffergilde. Beides sind bekanntlich Gründungen des Herrn Mauritiu, der auch zugleich die tonangebende Persönlichkeit war. Es ist dies derselbe Herr Mauritiu, der als seinerzeitiger wirtschaftlicher Betros der Karlsruher Nationalsozialisten vor lauter Kritik am Staat usw. seinen eigenen Laden überließ, der geradezu einem kaufmännischen Samstagsklub gleich. Aber so sind sie, die Herren vom Dritten Reich, im kritischen sind es Helden, in der praktischen Arbeit jedoch zeigt sich ihre Stimmhaftigkeit. Die Nazis können froh sein, daß sie ihren ehemaligen Führer Mauritiu durch ein geschicktes Manöver noch rechtzeitig losgebracht haben. Aber etwas bleibt eben immer noch hängen.

Wie aus dem Bericht von der Gläubigerversammlung zu entnehmen ist, spielte bei der Schafferbank die Karlsruher Gemeinere Oberbürgermeister Siegrist eine Rolle. Auch bei der Schaffergilde ist Herr Siegrist stark engagiert. Er scheint bald, daß er sich überall dort betätigt, wo es galt, Dummköpfe mitzumachen; denn sonst hätte er doch vorher bei beiden Institutionen das Debatte voraussehen müssen. Auch er hat sich in den letzten Jahren als Kritikus gezeigt, aber scheint vergessen, an den Stellen, wo er eine herausragende Rolle spielte, rechtzeitig mit der ihm so lieb gewordene Kritik einzufahren. Auch Herr Siegrist ist in der Volksrechtspartei gegen andere Parteien zu Felde zog und mit Herr Siegrist oftmals Vorstellungen im Bürgerausschuß gab. Bei der Schafferbank in Württemberg gezogen. Nun sind beiden Gelegenheit geboten, wiederum Arm in Arm für die armen Gläubiger der Schafferbank einzutreten. Wenn bei demselben Erfolg haben wie bei der Volksrechtspartei, dann kommt nicht viel heraus.

Weber die Unordnung bei der Schaffergilde gibt insbesondere ein Bericht der Prüfungskommission Aufschluß, aus dem wir bei dieser Gelegenheit einiges mitteilen wollen. U. a. heißt es in dem Bericht:

Zur Prüfung der Bilanz ist im allgemeinen zu sagen, daß die ordnungsmäßige Prüfung der Bücher infolge Fehlens der Kontenbücher nicht möglich war. Die Kommission findet es auf Grund ihres Einblids in die Bücher überhaut für zweifelhaft, ob die nötige Klarheit über die Geschäftsvorfälle gewonnen werden kann, da die Führung der Bücher selbst nicht so ist, wie sie in einem ordentlichen kaufmännischen Betrieb üblich ist. Eine Ueberprüfung der Soll- und Habenseite bestimme nicht. Man gewinnt dennoch die Ueberzeugung, daß die oben beschriebene Führung für 1931 ein nachteilig ausgefallen wurde, was daraus hervorgeht dürfte, daß die Daten dieser Buchungen mit der tatsächlichen Zeit des Vorkommens nicht übereinstimmen und nach dem 31. Juli 1931 überhaut keine Buchungen mehr vorgenommen wurden. Dann wurden die Buchungen gemacht lediglich nach Angabe von Herrn Mauritiu. für die also irrtümliche Unterlagen nicht vorhanden sind.

Der Bericht weist sodann in detaillierter Aufstellung auf mehrere Budunungsfehler hin und sagt über die Geschäftsführung:

Der ganze Verwaltungsapparat fand in gar keinem Verhältnis zum Betrieb der Schaffergilde. . . An Personellen sind 1934 entstanden, die wohl auch zum größten Teil nicht zum Geschäftsbereich der Schaffergilde gehörten. . . Für die genannten Mitarbeiter war eine geordnete Finanzierung nicht vorhanden. Die eingegangenen Gelder wurden in der Hauptsache für Gehälter, Lohnen, allgemeine Verwaltungskosten, Frachten und Ständegebühren verwendet.

Zum Schluß stellt die Kommission fest: Die Kommission ist der Ansicht, daß sowohl Vorstand als Aufsichtsrat es bei der Geschäftsführung an der nötigen Sorgfalt hat fehlen lassen.

Wirklich ein feines Zeugnis für Vorstand und Aufsichtsrat der Schaffergilde.

Karlsruhe die Fürsorge-Richtstätte um 10 Prozent erhöht, was diesen Winter infolge der bestehenden Finanznotlagen leider ein Ding der Unmöglichkeit ist. Der Fürsorgetag wird sich im laufenden Etatjahr, auch wenn sich die Verhältnisse nicht weiter verschlechtern, um 1,2 Millionen erhöhen. Wie die Steuern, die von der Stadt in kürzester Zeit eingeführt werden, finden lediglich den Fürsorgetag zumuten.

Die Tatsache, daß den Fürsorgeempfängern kaum das Existenzminimum garantiert werden kann, schließt in sich die Tatsache, daß wir weite Gebiete der Fürsorge unbetreut lassen müssen. Die gesamte vorbestehende Heilfürsorge muß infolge dieses Zustandes einfach unterbleiben. Letzten Endes sind alle die Fragen, die zur Behebung des heutigen Elends gelöst werden müssen, politische Maßfragen. Aus der heutigen Krise muß die Arbeitererschaft lernen, sobald sie die Macht dazu hat, die Ursache dieser Krise, die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und eine Planwirtschaft nach sozialistischen Grundgedanken einzuführen, die solche verurteilenden Krisen unmöglich macht.

Die Instruktionen, äußerst brechtlichen Ausführungen des Genossen Kappes wurden mit größter Aufmerksamkeit verfolgt und mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In der Diskussion machte zunächst

Gen. Klinge längere Ausführungen. Weiter sprach noch Gen. Warrer Kappes Anlaß zu einem längeren Schlußwort.

Der Vorsitzende schloß die interessante Verammlung mit der Aufforderung an die Genossinnen und Genossen, auch alle weiteren Verantwortungen zu befragen und womöglichst aktiv für die Partei tätig zu sein.

(-) Nationalsozialistischer Stadtvorordneter zur Zentrumspartei übergetreten. Der Stadtvorordneter Johann Martus, von dem zur Gartenarbeiter, ist dem Badischen Beobachter zufolge, aus der NSDAP ausgetreten und hat sein Stadtvorordnertenmandat nicht abgegeben. Martus gehörte vor seinem Beitritt zur NSDAP der Zentrumspartei an. Zu dieser kehrt er also wieder zurück.

Wasserstand des Rheins

Wiesbaden plus 73; Waldsruh 265, Gef. 7; Schaffersheim 132, Gef. 11; Rehl 290, Gef. 18; Mainz 509, Gef. 28; Mannheim 468, Gef. 50

Der Führer scherzt

Kommt da mein Freund Karl angeflüstert, erhebt und aufgeregt und drückt mir den Führer in die Hand. Da lies wie das Lügenblatt schwindelt. Ich lese das Wahlergebnis von Lippe. Überwiegend denn, frage ich, stimmt doch alles. Ja, lese aber weiter: „Der Gesamtmarxismus hat entscheidend verloren...“ er hat zusammen einen Verlust von 1507 Stimmen, die zu den Nationalsozialisten abgemindert sind.“

Praktische Fragen aus dem Betriebsrätegesetz

Im Rahmen des Bildungsprogramms hielt am Montag abend im Volkshaus an Stelle des verstorbenen Koll. Schulenburg Koll. Maier einen Vortrag über „Praktische Fragen aus dem Betriebsrätegesetz“. Zunächst behandelte der Redner das Einpruchsverfahren. Wenn einem Arbeiter von Unternehmer einseitig wird, kann er innerhalb fünf Tagen bei seinem Betriebsrat Einpruch dagegen erheben. Dieser hat mit dem Unternehmer in Verhandlungen zu treten, die innerhalb weiterer sieben Tage beendigt sein müssen.

Aus Organisationen und Vereinen

Der Deutsche Werkmeisterverband, Ortsverein Karlsruhe hielt am Neujahrstage im Kaffee Grünwald anlässlich seines 45. Stiftungsfestes einen bunten Abend ab. Es war zunächst eine größere Feier vorzulegen, aber in Anbetracht der liberal herrschenden Not wurde davon Abstand genommen. Auch wollte man den Bestra eines großen Festes der Unterhaltungsstelle, welche beim 5. Stiftungsfest gegründet wurde, zuwenden, damit man insolventen Kollegen und Witwen alljährlich eine Weihnachtsfeier und in Not geratenen Kollegen eine Unterstützung zusammen lassen kann.

Am 5. Januar fand die Monatsversammlung statt. Der erste Vorsitzende, Koll. Stahl, eröffnete dieselbe, beäuglichte die Erledigungen zum Jahreswechsel und im Besonderen den Referenten, Herrn Direktor Rudolf Wilhelm. Anschließend nahm der Vorsitzende die Eröffnung des Jahres 1932 in Angriff. Dieser Koll. Stahl, begrüßte und bekräftigte die Erledigungen zum neuen Jahre in derselben Art und übernahm die Leitung der Vereinigungsfeier dem zweiten Vorsitzenden, Koll. Gwinner, der sein Amt mit Humor ausübte. Einzelne wurde die Feier mit einem Marsch des Mandantensklubs „Uhu“, der den musikalischen Teil übernahm, welcher u. a. Soloflügel für Klavierspieler und Mandoline zum besten gab. Die Darbietungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen.

Nach einer kurzen Pause erteilte der Vorsitzende, Koll. Stahl, dem Referenten Herrn Direktor Wilhelm das Wort zu seinem Vortrag „Ariensschuldbild und Kriegsschuld wahrheit“. Der Herr Vortrag die Zuhörer durch seine Ausführungen so zu fesseln, daß ihm am Schlusse seiner Rede stürmischer Beifall erteilt wurde. Auch Herr Direktor Wilhelm in der letzten Monatsversammlung vor einer zahlreichen Zuhörerschaft einen sehr interessanten Vortrag gehalten über „Abolitionismus in der Blütezeit“. An beiden Vorträgen wurde auch der Werkmeisterfrauenverein sehr stark beteiligt. Darauf hielt noch der Geschäftsstellenleiter Koll. Frischmann einen halbständigen Vortrag über Kulturarbeit auf sozialpolitischem Gebiet, der gute Aufnahme fand.

Im Rahmen der Anwesenheit dankte der Vorsitzende den Referenten für die lehrreichen Vorträge. Nach Erledigung der notwendigen Vereinsangelegenheiten schloß Koll. Stahl die sehr gut besuchte Versammlung, dankte den Mitgliefern des Werkmeisterfrauenvereins und den Kollegen für ihr so vollzähliges Erscheinen. Ser.

Generalversammlung des Volkshaus Karlsruhe-Vereins Die ordentliche Jahreshauptversammlung, die am Sonntag, den 10. Januar, im Vereinslokal „Drei Linden“ stattfand, vereinigte eine recht stattliche Anzahl Mitglieder zu gemeinsamer und ernst-

Stahlhelm und Hakenkreuz

Aus dem Lager der Harzburger front - Nazis mißhandeln Frauen von Stahlhelmen

Die Wochenzeitung des Stahlhelm-Bundes bringt folgenden Bericht: „In der Silbesternacht hat sich in Gilstrow (Mecklenburg) ein höchst bedauerlicher Vorfall ereignet. Sechzehn Kameraden der Ortsgruppe und des Jungstahlhelm Gilstrow, die keine Verwandten am Ort und in der Nähe haben, hatten sich am Silbesternabend im Stahlhelmlager in Gilstrow versammelt, um einen von Kameraden gestifteten Karpen zu essen. Gegen 2 Uhr gingen die Kameraden zu ihren Führern, um ihnen ein gutes neues Jahr zu wünschen. Als sie nach 2 1/2 Uhr vom Markt zum Heim zurückzogen, wurden sie von einem nationalsozialistischen Kolal von vor der Tür stehenden Angehörigen der NSDAP, angerepelt. Sie klammerten sich nicht um diese Fliegerei und gingen weiter.“

Als sie vor dem Stahlhelmlager anlangten, trafen sie dort auf eine Anzahl Nationalsozialisten, die ebenfalls zurück begannen, unsere Kameraden anzuwimmeln. Die Stahlhelmer ließen sich aber auch jetzt nicht provozieren und begaben sich sofort in das Innere des Lagers. Sie hatten sich gerade um den Tisch des kleinen Raumes gesetzt, als die Tür aufgerissen wurde, drei SA- und SS-Leute mit dem Rufe „Heil Hitler“ das Heim betreten und Bier verlangen. Der Hauswart, Kamerad Peters, erklärte ihnen, daß es hier kein Bier gäbe, daß sie aber eine Tasse Kaffee bekommen könnten. Während dieses Gesprächs hatten die drei Nationalsozialisten sich durch den dicht besetzten Raum an die der Tür gegenüberliegende Wand gedrängt. Sie versuchten offensichtlich, mit unseren Kameraden in Streit zu geraten. Einer von ihnen ergriff den Kopf eines auf dem Küchentisch stehenden Bekleidungsstückes ein Messer, das ihm sofort von einem Kameraden abgenommen wurde.

harter Arbeit. Nach einem Silbestrieb des Männerchors und der Begrüßung durch den Vorsitzenden, gab Mitglied Hauptlehrer R. G. Seibel in einem überaus dankbar aufgenommenen Referat ein Lebensbild des schwäbischen Volksliedmeisters Friedrich Stiller, der im Spiegel seiner Zeitgeschichte stehen nicht nur musikalischer Repräsentant, sondern vor allem auch ein glühender Kämpfer für die freiheitlichen Ideen seiner Volksgenossen war. Prächtig verstand es Gen. Seibel, diesen Menschen und seine Zeit zu zeichnen, und sein Appell — vor allem an die Sängerschaft —, durch die Pflege des Silbestriebs, das ideologisch zum heutigen Tendenzgang führte, aus dem Ursprung der Volkskunst zu schöpfen, fand freudigen Widerhall.

Die Polizei berichtet:

Scheuende Pferde Auf der Durlacher Allee scheuten gestern früh die Pferde eines Zweifelhäufers und gingen durch. Bei der Georg-Friedrich-Strasse gerieten sie auf den Bahndörper der Straßenbahn, wobei das Sattelpferd auf einen Mast der Stromleitung rannte und schwer verletzt wurde. Es mußte in tierärztliche Behandlung gebracht werden. Personen sind keine verletzt worden.

Eittlichkeitsverbrechen In der Südstadt wurde gestern ein gläubiger Mann festgenommen, der kurz zuvor an einem eifährigen Mädchen unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte.

Eindbruch In der vergangenen Nacht wurde die Polizeiweiche Durlach von einem Bewohner des Lumburgerviertels telefonisch verständigt, daß in seinem Hause Eindreherei sei. Die Polizei begab sich sofort nach dem Tatort, wo sie zwei junge Leute antraf, die eben die Fenster des Erdgeschosses einbrachen. Beim Anblick der Polizeibeamten ergifften sie die Eindreherei die Flucht, worauf die Polizei mehrere Schüsse auf sie abgab. Der eine der beiden Eindrehere, ein 17jähriger Schüler aus Durlach, der durch den Schuß eine Beinverletzung davontrug, wurde kurz nachher von einem weiteren Polizeibeamten angehalten und festgenommen, nachdem er mehrere Schüsse auf diesen Polizeibeamten abgefeuert hatte. Nach seiner Festnahme ist er in das Kranenhaus eingeliefert worden. Der andere Täter, der nach Angabe seines Kommissars einen Helmgehobelt, konnte entfliehen; die Polizei ist ihm jedoch auf der Spur. Von den Polizeibeamten wurde niemand verletzt.

Bei dem Festgenommenen wurde verschiedenes Einbrecherwerkzeug, unter anderem Glasheber, Brechzang, Messer, Schlingzange sowie eine Tüte Messer vorgefunden.

Schlägerei Gestern abend gerieten zwei Kommunisten in einer biesigen Wirtschast in einen politischen Disput, der sich auf der Straße fortsetzte und in eine Schlägerei ausartete. Dabei wurde der eine von seinem Gegner derart zu Boden geworfen, daß er ein Bein brach und ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der Täter wurde festgenommen.

Veranstaltungen Prof. Ivan Mank, Spaniens größter Sänger, wird nach mehrjähriger Anwesenheit im Laufe seiner deutschen Tournee auch in Karlsruhe einen Abend geben, der auf Dienstag, den 19. Januar, festgesetzt ist und im Eintratslokal stattfinden soll. Die Vorbereitung dieses außerordentlichen Violin-Abends hat die Konzeptionskammer Kurt Reußler übernommen.

Der Hauswart, Kamerad Peters, forderte die drei Nationalsozialisten, die keine Ruhe geben wollten, nimmeh auf, das Heim zu verlassen. Als sie dieser mehrfach wiederholten Aufforderung nicht nachkamen, wurden sie aus dem Raum gedrängt. Dabei begannen sie sofort, auf die Kameraden einzuschlagen.

Nachdem die Ruhestörer entfernt und die Ordnung im Heim wieder hergestellt war, setzten sich die Stahlhelmer und die beiden anwesenden Ehefrauen zweier Kameraden wieder an den Tisch. Plötzlich schloß die Tür auf und die drei Nationalsozialisten kletterten herein und schlugen mit Stöcken und einer gefüllten Sektflasche (1) auf die nichtsahnenden Stahlhelmer und die Frauen ein.

Durch die Enge des Raumes (6 : 4 Meter) und Zerrümmung des Beleuchtungskörpers, waren die Kameraden nicht sofort zu wirksamer Abwehr in der Lage. Kam. Schmidt erlitt eine schwere Hirnverletzung, Kam. Bramants eine Kontusion am Kopf. Die Kam. Brathering II und Höpner III trugen blutende Kopfverletzungen davon. Die Kam. Maers und Glatner brachen mit Gehirnerschütterungen zusammen. Am schwersten wurde Frau Glatner zu schmerzhafte. Ihr wurde die Schädeldecke zerrümmert und die Hirnhaut verletzt. Sie mußte sofort einer Operation unterzogen werden. Nach Ansicht des behandelnden Arztes besteht größte Lebensgefahr.

Wie durch Augenzeugen festgestellt wurde, hatten sich die drei Nationalsozialisten zusammen mit 10 bis 14 SA-Leuten zum Stahlhelmlager begeben. Anzusehen wurde der Angriff auf die Stahlhelmlager schon in den ersten Abendstunden geplant.

Wir enthalten uns jeden Kommentars zu diesem unerhörten Vorfall und erwarten, daß die nationalsozialistische Partei die notwendigen Konsequenzen ziehen wird.“

bei der der Vorverkauf heute beginnt. Zweite Vorverkaufsstelle, wie immer, in der Buchhandlung Delefeld am Marktplatz.

Vortragsabend der Internat. Frauenliga für Frieden und Freiheit, am Sonntag, den 16. Jan. 20 Uhr, in der Volkshaus, Ostentstraße 43. Die in Karlsruhe wohlbekannte Rednerin, Frau Carole Capy wird über den Friedensselbstzug sprechen, den sie seit Monaten in Frankreich, in Paris und der Provinz, mit anderen Friedensfreundinnen unternommen hat. Sie wird die Wachsenhaften der dunklen, internationalen Mächte aufdecken, die sich gegen Abrüstung und Frieden verschworen haben: die Internationalen der Kriegsinstrumente und Kriegsgeheimnisse, die Internationalen der Waffen- und Giftgasfabrikanten, die Hochfinanz, ihre Verhöhnung über die Grenzen hinweg, ihre gemeinliche Arbeit während des letzten Krieges, die Traktate usw. Sie wird die Lage der Arbeiter schildern und auf die Notwendigkeit ihrer Vereinnung hinweisen, auf die deutsch-französische Verhandlung dringen und Hand- und Kopfarbeiter, aber vor allem die Frauen und Mütter aufrufen, sich zu diesem Werte zu vereinigen.

Lichtspielhäuser

Schauburg Nacht über Hamburgs Hafen. ... Der Ein Boot ist gefeuert. Aus dem Wasser ziele man ein junges Mädchen. Helmlich schwang sich am Kiel ein Mann heraus, sieht die beiden Vollgelenk aus dem Boot, reißt auf und davon. ... Ostentpolizist (Hans Wilders) setzt mit seiner 2. Annale die Verfolgung im Brand- und Gegenlichtszenario mit ihrem westlichen Vorvogel; urkomische Situationen, echter, fertiger Humor; feste Stütz im Hippodrom, art-dustende Belebungen; aufgenommen: ganz schön, charakteristisch, Stimmungsbild ohne Verwischung in tragender Begleitung: Das ist des Draufgänger Weis. Er selber, Hans Wilders, dantiert wie allezeit frisch und munter drauf los. Sein köstlicher, individueller Mutterwitz verleiht der Gage ein leichtes, tragikomisches Bild. Das Geheimnis seiner Volkserfolg: Schauspielerei, Kritik in einer Person. Neben Wilders freuzt noch eine „loquante“ weibliche Volkstier in allerhöchster Art die Wärfare. Ein Film der wilden Jagd auf Plebe und Spitzbuben. Dumme und vielgefällig. Man muß ihn gesehen haben. —H. Der große Erfolg, der auch in der 2. Woche fast unverändert anhielt, veranlaßte die Direktion der Schauburg, den mit so großer Begeisterung aufgenommenen Film nochmals um 3 Tage zu verlängern. Derselbe läuft also noch bis einschließlich Donnerstag und zwar zu dem bedeutend ermäßigten Eintrittspreis von 60 Pf. an, für Erwachsene nachmittags sogar zu 30 Pf. Da für Freitag bereits die Premiere eines neuen großen Tonfilms vorgelesen ist, ist eine weitere Prolongation ausgeschlossen.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Januar-Zusammenkunft findet am Mittwoch, den 13. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Bezirk Bulach und Beiertheim Freitag, 15. Januar, abends 8 Uhr, findet im Saale zur „Krone“ eine Parteiverammlung statt, in der Gen. Kleinert über „Arbeitslosenversicherung und ihre neuen Gestalt“ sprechen wird. Genossen und Genossinnen, sowie Freunde unserer Sache und Volkstribunen sind freundschaftlich eingeladen.

Sozialdemokratische Bürgerauschuhfraktion Donnerstag, 14. Januar, abends 8 Uhr, im Stadtratsgebäude, 3. Stock, im Frauentempel. Es ist erforderlich, daß sämtliche Fraktionsmitglieder erscheinen.

Bezirk Südstadt Mittwoch, 13. Jan., abends 8 Uhr, in der „Deutschen Eiche“, Augartenstraße 60, Bezirksversammlung mit Vortrag von Genosse Doppert über: Notverordnung und Gemeinde. Erscheinen Pflicht!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Spielmannszug. Heute Mittwoch Übung sämtlicher Spielleute.

Die in 4 Zeilen 60 Pf. die Zeile. Die in 2 Zeilen 100 Pf. die Zeile. Die in 1 Zeile 150 Pf. die Zeile.

Reichsbanner. Kella. Sozialisten. Morgen Donnerstag abend 8 Uhr im Saale Erbprinzenstraße 5 Bericht des Landesvorsitzenden Dr. Dietrich über den Fall Cart. Alle Mitglieder sind dringend eingeladen. 677 Arbeiterkammer Karlsruher. Samstag, 16. Januar, abends 7.30 Uhr, Kartellversammlung im Volkshaus. Hierzu werden die Vereinsvorstände und Delegierten mit der Bitte, um pünktliches Erscheinen freundschaftlich eingeladen. 678 Der Vorstand.

